

Angesichts der Teuerung ist es an der Zeit,
die Löhne und Renten zu erhöhen !

VERSAMMLUNG

Dienstag, den 14. November, ab 17:30

Wortmeldungen um 18:00

Georges-Python Platz, Fribourg

Krankenkassenprämien



+9,6%
in 2024

Strom



+28,9%
in 2024

Lebenhaltungskosten



+6,4%
seit 2020

Reallöhne



-1,9%
in 2022

+5% ist ein Minimum !

**PKSPF, Beschwerlichkeit: der Staatsrat muss die
Bedürfnisse des Personals hören !**

HFR: es braucht zusätzliche finanzielle Mittel !



Alle Informationen :
<https://fribourg.ssp-vpod.ch/>
<https://fede.ch/>
<https://www.fopis.ch/>

Eine Kaufkraft im freien Fall

Die **Lebenshaltungskosten** sind seit Ende 2020 um 6,4% gestiegen, und das ohne Berücksichtigung der explodierenden Krankenkassenprämien! Die Löhne haben sich in die entgegengesetzte Richtung bewegt: 2022 war das zweite Jahr in Folge, in dem die Reallöhne gesunken sind. Und der Rückgang setzt sich in diesem Jahr fort: Die Anfang 2023 gewährte Lohnindexierung liegt unter dem erwarteten Anstieg des Landesindex der Konsumentenpreise. **Damit sind die Reallöhne drei Jahre in Folge gesunken.**

Bis Ende des Jahres wird sich der **Kaufkraftverlust** noch weiter ausweiten. Anfang Oktober stiegen die **Mieten** für die Hälfte der Haushalte um 7%. Die **Krankenversicherungsprämien** werden um 9,6% explodieren, so **hoch wie seit 2010 nicht mehr!** Die **Stromtarife** werden stark ansteigen (+28% für Groupe E) und die Mehrwertsteuer wird am 1. Januar 2024 um 0,4 Prozentpunkte angehoben.

+5%, eine finanzierbare Maßnahme :

Der Budget des Staatsrats für 2024 sieht eine Lohnerhöhung von 1,4% vor: Das ist bei weitem nicht ausreichend, um den Kaufkraftverlust und die künftigen starken Kostensteigerungen auszugleichen! Eine **Lohnerhöhung von 5%** ist eine elementare Maßnahme der **sozialen Gerechtigkeit**. Sie ist weitgehend finanzierbar: Die Finanzlage des Staates Freiburg ist ausgezeichnet: Im Jahr 2022 betrug der **Gewinn** vor Abschreibungen **192 Millionen** Franken und das **Vermögen** beläuft sich auf über **857 Millionen** Franken.

Staatsrat taub für die Forderungen des Personals :

Der Staatsrat hört die Forderungen des Personals nicht mehr: Es ist nichts vorgesehen, um die **Beschwerlichkeit zu kompensieren**, obwohl diese im Personalgesetz (PG) verankert ist; die **Mittel für das HFR** fehlen nach wie vor; zahlreiche Dienststellen sind unterbesetzt. Der kollektive Rücktritt der Personalvertreterinnen und -vertreter im Vorstand der Pensionskasse des Staatspersonals Freiburg (PKSPF) ist ein **weiteres Zeichen dafür, dass man ihnen nicht zuhört**. Es ist an der Zeit, dass die Regierung die Bedürfnisse des Personals berücksichtigt!

Es ist an der Zeit, dass die Regierung die Bedürfnisse des Personals berücksichtigt!

+5% ist ein Minimum !
Unterschreiben Sie die
Petition:

